

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst und Ausschusssdienst

N i e d e r s c h r i f t

Finanzausschuss

16. WP - 135. Sitzung

von Mittwoch, dem 1. Juli, bis Freitag, den 3. Juli 2009,
in Frankfurt a.M.

Anwesende

Günter Neugebauer (SPD)

Vorsitzender

Tobias Koch (CDU)

Frank Sauter (CDU)

Holger Astrup (SPD)

Birgit Herdejürgen (SPD)

Anna Schlosser-Keichel (SPD)

Monika Heinold (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Anke Spoorendonk (SSW)

Rainer Wiegard

Finanzminister

Aike Dopp

Vizepräsident LRH

Ole Schmidt

Ausschussgeschäftsführer

Einzigster Punkt der Tagesordnung:

Informationsreise des Finanzausschusses nach Frankfurt a.M.

Mittwoch, 1. Juli 2009 (Frankfurt)

Gespräch in der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin)

Herr Caspari, Exekutivdirektor für den Geschäftsbereich Wertpapieraufsicht, stellt die Aufgaben der BaFin vor (Allfinanzaufsicht), die ihre 1.700 Beschäftigten und den Jahreshaushalt von 135 Millionen € durch Umlagen und Gebühren finanziert. Ziel sei die Sicherung der Funktionsfähigkeit, Stabilität und Integrität des deutschen Finanzsystems. Ab Juli 2010 müssten Rating-Agenturen ihren Antrag auf Registrierung stellen und unterstützen dann einer europäischen Aufsicht, die von der europäischen Wertpapieraufsicht wahrgenommen werden sollte. Generell sei der Wille vorhanden, Transparenz zu schaffen und Risiken zu minimieren; man müsse auf internationaler Ebene im Zuge der G-20-Diskussion zu Regelungen kommen.

Sodann berichtet Herr Haupt über handels- oder informationsgestützte Marktmanipulationen und Herr Philipp über Wohlverhaltensregeln (www.bafin.de und BaFin-Jahresbericht 2008).

Donnerstag, 2. Juli 2009 (Wiesbaden)**Gespräch im Hessischen Ministerium der Finanzen**

Herr Weimar, Finanzminister des Landes Hessen, äußert sich vor dem Hintergrund der konjunkturellen Entwicklung besorgt über die Lage der öffentlichen Haushalte. Die Entwicklung der Steuereinnahmen und der haushaltspolitischen Situation sei dramatisch, extrem besorgniserregend und verzweifelt. Das Haushaltsdefizit werde deutlich über 3 Milliarden € ansteigen. Ein besonderes Problem seien in Hessen die Einführung des Konnexitätsprinzips, das zum Beispiel im Bereich Kinderbetreuung zu erheblichen Mehrkosten für das Land führen werde, und die anhaltenden Belastungen durch den Länderfinanzausgleich (über 2 Milliarden €), dessen Ausgleichsintensität weiter zunehme.

Das deutsche Steuersystem sei insofern problematisch, als dass nur 43 % der Bürger direkte Steuern zahlten und damit die Leistungsträger sehr stark belastet würden, aber die öffentliche Hand zu wenig Steuern einnehme, um das gegenwärtige Anspruchsniveau bezahlen zu können.

Die Schuldenbremse sei vom Grundsatz her richtig; die hessische Verfassung sehe für ihre Einführung allerdings eine Volksabstimmung vor. Einsparbemühungen würden durch Tarifsteigerungen und gesetzliche Vorgaben des Bundes konterkariert. Das Gleiche gelte für Erfolge beim Personalabbau, wenn 10.000 in der inneren Verwaltung eingesparte Stellen durch zusätzliche Stellen für Lehrer und Polizisten wieder aufgefressen würden, weil der Fachpolitik immer wieder zulasten der Finanzpolitik nachgegeben werde. Es bestehe die Sorge, dass der Staat seine Schulden nicht mehr tilgen und nicht mehr unbegrenzt Gelder am Kapitalmarkt aufnehmen könne.

Herr Wiegard, Finanzminister des Landes Schleswig-Holstein, teilt die düsteren Einschätzungen, sieht auf der Einnahmeseite kaum Verbesserungsmöglichkeiten und macht auf die Problematik der Zinslasten aufmerksam.

Der Finanzausschuss ist sich der kritischen Situation der öffentlichen Haushalte bewusst und wiederholt seine Mahnungen an die Fachpolitiker, sich angesichts der bedrohlichen Lage für eine ernsthafte Konsolidierung und Haushaltsdisziplin einzusetzen.

Gespräch mit Mitgliedern des Haushaltsausschusses des Hessischen Landtages

Nachmittags führt der Finanzausschuss ein Gespräch mit Mitgliedern des Haushaltsausschusses des Hessischen Landtages: Ulrich Caspar (stellvertretender Vorsitzender des Haushaltsausschusses), Gottfried Milde (Sprecher der CDU-Landtagsfraktion für Haushaltspolitik), Peter Stephan (CDU-Fraktion), Norbert Schmitt (Sprecher der SPD-Landtagsfraktion für Finanzpolitik) und Frank Kaufmann (Sprecher der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für Haushaltspolitik).

Die Mitglieder des hessischen Haushaltsausschusses berichten, das Land Hessen zahle jedes Jahr zwischen 2,5 Milliarden und 3 Milliarden € in den Länderfinanzausgleich.

Die Umstellung vom kameralistischen Haushaltswesen auf die doppelte Buchführung sowie Kosten- und Leistungsrechnung sei von der Intention her richtig (höhere Transparenz), werde in der Umsetzung allerdings noch Jahre dauern. Die Diskussionen in den Fachausschüssen und Fraktionen liefen nach wie vor nach kameralistischen Gesichtspunkten ab. Ein Erkenntnisgewinn seien allerdings die vom Budgetbüro aufbereiteten Quartalsberichte, die zeigten, inwieweit Haushaltsmittel bereits ausgegeben worden seien beziehungsweise Mittel nicht abfließen.

Überwiegend kritisch sehen die Finanzpolitiker das jüngst in die Landesverfassung eingeführte Konnexitätsprinzip, durch das Finanzmittel zulasten des Landes auf die Kommunen übertragen würden (zum Beispiel bei der Kinderbetreuung).

Die Einführung einer Schuldenbremse sei vom Grundsatz her notwendig, allerdings sei das Verbot der Neuverschuldung in der aktuellen haushaltspolitischen Lage kaum einzuhalten. Die Finanzpolitiker sind sich einig, dass der öffentlichen Hand und den Bürgern massive Einschnitte bevorstünden, es bei der Überwindung des Defizits keine Tabus geben dürfe und eine Regelung für die Altschulden gefunden werden müsse.

Abends besichtigt der Finanzausschuss die hessischen Staatsweingüter in Kloster Eberbach bei Eltville.

Freitag, 3. Juli 2009 (Frankfurt)**Gespräch mit dem Vorstand der Deutschen Bundesbank**

Morgens führt der Ausschuss ein Gespräch in der Deutschen Bundesbank. Vorstandsmitglied Dr. Fabritius führt kurz in das Finanzmarktsystem und die Aufgaben der Deutschen Bundesbank ein.

Dr. Kohns referiert über die aktuellen konjunkturellen Rahmenbedingungen. Eine konjunkturelle Abkühlung habe es schon Ende 2007, vor Ausbruch der Finanzkrise gegeben, die sich mit dem Ausbruch von Lehman Brothers zugespitzt habe. Nur wenn das Bankensystem wieder auf die Beine komme, könne sich auch die Realwirtschaft wieder erholen. Viele Unternehmen würden in der nächsten Zeit tiefrote Zahlen schreiben. Von der Bad-Bank-Lösung erhoffe man sich eine Entlastung, damit die Investoren wieder Vertrauen in die Banken erhielten. 2010 werde es wieder aufwärtsgehen in der Realwirtschaft, an den Finanzmärkten und am Aktienmarkt. Die Wirtschaft werde in den nächsten Jahren allerdings etwas weniger als bisher wachsen. Die Exportstruktur werde eine gewisse Anpassung erfahren. Es gehe um nachhaltiges, begrenztes Wachstum.

Sodann stellt Herr Asche die Entwicklung der Finanzmärkte vor. Die öffentliche Hand müsse sich erkennbar konsolidieren als Zeichen für die Märkte, damit sie weiterhin Kapital bekomme. Noch könnten Bund und Länder ihre Haushaltsdefizite am Kapitalmarkt refinanzieren. Das Triple-A-Rating des Bundes sei nicht gefährdet, der Markt habe Vertrauen in die Bundesanleihen. Die Einführung einer Schuldenbremse sei ein positives Signal. Der Konsolidierungsbedarf der Landesbanken sei schon länger bekannt gewesen. Die Bundesbank habe immer wieder die Bedeutung des Risikomanagements der Banken betont.

Schließlich widmet sich Herr Schmutde neueren Entwicklungen im unbaren Zahlungsverkehr.

Gespräch mit dem Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung (SoFFin)

Sodann führt der Ausschuss ein Gespräch mit Herrn Stratthaus, Mitglied des Leitungsausschusses des Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung (SoFFin). Herr Stratthaus stellt die Auf-

gaben des SoFFin vor, der über 25 Beschäftigte verfüge und von der unabhängigen Bundesbank unterstützt werde. Von den zur Verfügung stehenden 400 Milliarden € Garantievergabe seien bisher 130 Milliarden € und von den 80 Milliarden € Eigenkapital 22 Milliarden € in Anspruch genommen worden. Während man die Finanzmarktkrise wohl bis Ende des Jahres in den Griff bekommen haben werde, werde die Wirtschaftskrise nicht zuletzt wegen weltwirtschaftlicher Ungleichgewichte noch länger andauern und Umstrukturierungen erforderlich machen. Internationale Finanzmarktregeln müssten auf oberster Ebene vereinbart und gleichzeitig Steuer- und Regelungsoasen ausgetrocknet werden. Er sei überzeugt, dass sich alle Landesbanken mit ihren Zweckgesellschaften aus den Regulierungsoasen zurückzögen, ihr Personal in den nächsten Jahren drastisch reduzierten und internationale Niederlassungen schlossen.

Gespräch mit dem Vorstandsvorsitzenden der Landesbank Hessen-Thüringen

Schließlich führt der Ausschuss ein Gespräch mit dem Vorstandsvorsitzenden der Landesbank Hessen-Thüringen (Helaba), Herrn Brenner. Herr Brenner teilt mit, die Helaba habe schon immer ein relativ konservatives Risikoprofil verfolgt. Im Vordergrund stehe das Privatkunden- und Firmengeschäft in der Region in Kooperation mit den Sparkassen, die 85 % der Bankanteile hielten.

Im Mittelpunkt der anschließenden Diskussion steht die Entwicklung des Landesbankensektors, die nicht zuletzt vom jeweiligen Geschäftsmodell und der Haltung der EU abhängen.

gez. Günter Neugebauer

Vorsitzender

gez. Ole Schmidt

Geschäfts- und Protokollführer